

DKLK-Studie 2021:

Dramatische Personalunterdeckung trotz Gute-Kita-Gesetz



Präsentierten die Ergebnisse der DKLK-Studie 2021 (u.l.n.r.):

Axel Korda, Geschäftsführer Fleet Education Events,
Udo Beckmann, Bundesvorsitzender VBE,
Anne Deimel, stellvertretende Vorsitzende VBE NRW,
Dr. Andy Schieler, Hochschule Koblenz

Coronabedingt fünf Monate später als ursprünglich avisiert, aber dafür umso erfolgreicher. So lässt sich der Auftakt des vom VBE mitveranstalteten Deutschen Kitaleitungskongresses (DKLK) 2021 zusammenfassen, der am 24. und 25. August in Düsseldorf stattfand. Eine enorme Medienresonanz, unter anderem in der Tagesschau, erreichte der Kongress vor allem durch die in diesem Rahmen veröffentlichte [DKLK-Studie 2021](#).

An der in Kooperation mit dem VBE durchgeführten bundesweiten Umfrage, die mittlerweile zu einem wichtigen Sprachrohr der Kitaleitungen in Deutschland geworden ist, hatten 4.460 Kitaleitungen teilgenommen. Fast 60 Prozent mehr als 2020 und so viele wie nie zuvor. Und was sie konstatieren ist besorgniserregend:

„40 Prozent der Kitaleitungen geben an, dass sie in mehr als einem Fünftel der Zeit wegen Personalunterdeckung ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen können. Das heißt, an mindestens einem Tag pro Woche ist die

Aufsicht in diesen Kindertageseinrichtungen nicht mehr entsprechend den gesetzlichen Vorgaben garantiert. Erwartungen, die die Politik vor allem mit dem sogenannten Gute-Kita-Gesetz geschürt hat, wurden vielfach nicht erfüllt“, so formulierte es der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in seinem Statement auf der Pressekonferenz in Düsseldorf. „Dass 72 Prozent der Kitaleitungen angeben, dass sich der Personalmangel in den vergangenen 12 Monaten verschärft hat, verdeutlicht die Brisanz der Lage“, so Beckmann weiter. Träger stellen heute zudem Personal ein, welches vor Jahren wegen mangelnder Passgenauigkeit nicht eingestellt worden wäre, so die Wahrnehmung von fast der Hälfte der Befragten. Laut Studie fühlen sich zudem fast 80 Prozent der Kitaleitungen nach wie vor von der Politik nicht ausreichend gewürdigt. Ein weiteres Kernproblem: Zwischen vertraglich festgelegter und benötigter Leitungszeit klafft eine eklatante Lücke. So arbeiten beispielsweise 16,2 Prozent der Kitaleitungen laut eigener Wahrnehmung gänzlich ohne vertraglich zugesicherte Leitungszeit. „Wenn man gleichzeitig sieht, dass von diesen 16,2 Prozent wiederum fast ein Drittel aber eine tatsächliche Leitungszeit von mehr als 60 Prozent benötigt, ist das ein Skandal“, so Beckmann.

Der VBE fordert seit Jahren aufeinander abgestimmte, flächendeckende Investitionen im Rahmen einer bundesweit abgestimmten Fachkräfteoffensive, ergänzt um regional angepasste Maßnahmen, wobei die Ausbildung im frühpädagogischen Bereich qualitativ nicht ausgedünnt werden darf. Weitere Forderungen sind unter anderem Sofortmaßnahmen zur Beseitigung aufsichtspflichtrelevanter Personalunterdeckungen, nachhaltige Investitionen in eine wahrnehmbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf mehreren Ebenen und eine Anpassung der vertraglich fixierten Leitungszeit an den tatsächlichen Bedarf. Nicht zuletzt bedarf es weiterer Anstrengungen, um den Fachkraft-Kind-Schlüssel in Richtung des von der Wissenschaft empfohlenen Niveaus zu bringen. Im Kontext der Coronapandemie braucht es nachvollziehbare, klare und – wo immer möglich – einheitliche Vorgaben für Kitas, auch das ein klares Ergebnis der Studie. Von der Politik müssen präventiv Maßnahmenpläne und Mechanismen für künftige Krisenszenarien entwickelt werden. Der Aufbau eines professionellen Krisenmanagements ist zwingend erforderlich.

Zur DKLK Studie 2021, allen Forderungen des VBE sowie Informationen zu kommenden DKLKs gelangen Sie hier:

<https://www.vbe.de/veranstaltungen/deutscher-kitaleitungskongress/dklk-2021>

Ein notwendiges Signal! 5 Prozent mehr als Forderung für die Tarifverhandlungen

„Das hohe Engagement der Lehrkräfte, nicht nur in der Zeit der Pandemie, muss jetzt auch finanziell aufgewogen werden, von daher ist eine fünfprozentige Erhöhung der Gehälter, mindestens jedoch 150 Euro, absolut angemessen. Ein solches Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern ist mehr als notwendig, denn außer Sonntagsreden lässt die Anerkennung der Leistung von Lehrkräften sehr zu wünschen übrig“, kommentiert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), die gemeinsame Forderungsfindung der Gewerkschaften mit Blick auf die im Oktober und November 2021 stattfindenden Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten, u. a. 200.000 tarifbeschäftigte Lehrkräfte. Er macht deutlich: „Wir erwarten die Übernahme der erzielten Einigung im Tarifbereich auch auf den Beamtenbereich!“

Mehr Informationen unter: <http://www.dbb.de/einkommensrunde>

Schulbeginn mit Folgen: Schutzmaßnahmen müssen erweitert werden!

In den meisten Bundesländern hat die Schule wieder begonnen. Nahezu überall wurden zumindest in der Anfangsphase die Sicherheitsmaßnahmen wieder erhöht. In Berlin zum Beispiel müssen die Schülerinnen und Schüler sich drei Mal in der Woche testen lassen. Auch das Maskentragen ist obligatorisch. Trotzdem kann nicht verhindert werden, dass es zu immer mehr Infektionen in der jüngeren Zielgruppe kommt. Um bei steigenden Infektionszahlen, insbesondere in der Gruppe der ungeimpften Kinder unter 12, weiterhin die Betreuung und den Unterricht in Präsenz sicherstellen zu können, braucht es mehr Schutzmaßnahmen, fordert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE): „Allein von dem Wiederholen des Satzes, dass Schulen offenbleiben sollen, wird dies nicht geschehen. Essenziell ist, dass das Testen jetzt nicht ausgesetzt wird. Zudem ist die Anschaffung von Luftreinigern und -filtern eine optimale Unterstützung für gute Raumluft. Gleichzeitig müssen wir raus aus der permanent hohen Belastungssituation für Lehrkräfte. Unterricht in Präsenz, Aufgaben per digitalem Wege und Notbetreuung: Das geht nicht gleichzeitig!“

Der VBE sieht, dass es unterstützend sein kann, wenn entsprechend der angepassten Empfehlung der Ständigen Impfkommission jetzt auch Kinder ab 12 Jahren geimpft werden können. Trotzdem betont der Bundesvorsitzende des Verbandes, Udo Beckmann, stets, dass eine umfassende Erklärung der Minderjährigen und ihrer Eltern erfolgen muss. „Ob dies einzulösen ist, wenn die Impfung in Impfmobilien vor der Schule erfolgt, halten wir für fraglich“, erklärt er. Deshalb plädiert er dafür, die Beratung vorrangig direkt bei den medizinischen Fachkräften vornehmen zu lassen. So könne auch viel besser die Freiwilligkeit gewahrt und der Gruppenzwang minimiert werden.

VBE-Gesprächsrunde über Generationengerechtigkeit

Anlässlich zweier von der dbb jugend erarbeiteten Positionspapiere zu Folgen des demografischen Wandels und Möglichkeiten der Vermeidung von überproportionaler Belastung der jüngeren Generationen diskutierten die VBE Jugend- und Seniorenvertretungen in einem Online-Meeting zum Thema Generationengerechtigkeit. Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann sowie die Bundessprecherin der VBE Frauenvertretung, Tanja Küsgens, vervollständigten die virtuelle Gesprächsrunde. Am Ende waren sich die Teilnehmenden darüber einig, dass der Gesetzgeber und die verantwortlichen politischen Parteien bei diesem Thema gefordert sind. Zwei wesentliche Forderungen hielten die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Generationen fest: Die Altersarmut sollte durch eine umfassende Mindestrente vermieden und jede Gesetzesvorlage müsste von einem autorisierten Beirat auf Generationengerechtigkeit überprüft werden. Die seit Langem geplante Gesprächsrunde fand am 11. August 2021 statt.



Teilnehmende am VBE-Gespräch zum Thema „Generationengerechtigkeit“

Netzwerk Freie Schulsoftware – Schulen helfen Schulen

Im Juli dieses Jahres hat der gemeinnützige Verein Digitalcourage ein neues Hilfsprojekt gestartet: Im „[Netzwerk Freie Schulsoftware](#)“ finden alle Rat und Hilfe, die sich hinsichtlich digitaler Bildung von der Politik, den Ministerien oder Schulträgern nicht ausreichend unterstützt fühlen:

- Lehrende, die datenschutzfreundlichen, digitalen Unterricht machen möchten, aber nicht wissen wie sie anfangen sollen oder denen vermeintlich die Hände gebunden sind.
- Eltern, die sich immer wieder anhören müssen, es gäbe nur wenige funktionierende Lösungen und sich gezwungen fühlen, der Nutzung datenschutzkritischer Programme zuzustimmen.
- Schulen, denen Microsofts und Apples Angebote vermeintlich komfortabel, einfach und bequem erscheinen, die aber eigentlich wissen, dass digitale Lösungen im Bildungsbereich freier gestaltet werden sollten: mit quelloffenen, lizenzfreien und datensparsamen Programmen.

Ob Videokonferenzen, Dateiablagen, Messenger, Lernmanagementsysteme oder digitale Werkzeuge für einzelne Unterrichtsfächer – für alle gängigen kommerziellen und datensammelnden Software-Produkte gibt es freie Alternativen. Bundesweit sind auf der Plattform bereits mehrere hundert Angebote eingetragen worden, die zum Erfahrungsaustausch einladen oder Hilfe bei der Installation von Freier Software anbieten.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE